

## **Probleme mit Sozialticket zeigen wieder Finanzprobleme der Stadt auf Neuaufgabe nur mit Gegenfinanzierung**

Die Stadtratsentscheidung zum Sozialticket, die jetzt gerichtlich einen schweren Dämpfer erhalten hat, bringt das Grund-Dilemma der Stadt wieder ans Licht. Ein eigentlich wünschenswertes Projekt ist finanziell nicht mehr darstellbar und wird dann so beschnitten, dass es nur noch ein Alibiprojekt ist.

Hier kommt die schlechte finanzielle Entwicklung der Stadt Augsburg klar zu Tage. Während die Umlandgemeinden im Geld schwimmen, kämpft Augsburg mit stetig sinkenden Anteilen an der Einkommensteuer und gleichzeitig ständig stark steigenden Ausgaben im Sozialhaushalt. Davor verschließen die Regierungsparteien die Augen und versuchen, den stetig kleiner werdenden Kuchen möglichst gut an Ihr Klientel zu verteilen.

Die eigentliche Aufgabe müsste aber sein, die Einnahmesituation langfristig wieder zu verbessern, um dann auch wieder mehr Spielräume zu haben. Die Zahlen der Kämmerei zeigen hier auch die zwei möglichen Wege auf. Einerseits müssen die Gewerbeeinnahmen durch geschickte Ansiedlungspolitik gesichert und gesteigert werden. Andererseits können die seit Jahren sinkenden Anteile bei der Einkommensteuer nur durch offensive Politik im Bereich der Bevölkerungsansiedlung zum Stoppen gebracht werden. Hier ist die geplante Offensive im sozialen Wohnungsbau zwar einerseits wünschenswert, aber eben aus finanziellen Gesichtspunkten eher kontraproduktiv.

Thomas Lis, Fraktionsvorsitzender der AfD im Stadtrat, ist schon überrascht, dass dem Sozialreferenten bei der Konzeption des Sozialtickets die Thematik der Gleichbehandlung durchgerutscht ist. "Es gab durchaus Hinweise, dass es nicht angeht, dass eine große Gruppe vom Sozialticket ausgeschlossen wird, auch wenn dies eine freiwillige Leistung der Stadt ist. Hätte das ein Rechtsanwalt bei so einem brisanten Thema nicht erkennen müssen?" Die AfD vertritt die Meinung, jetzt auf den weiteren Rechtsweg zu verzichten und das Projekt als Ganzes nochmals zu prüfen.

Durch die der großen Koalition geschuldete Kompromissuche, die in diesem Fall ja ein grobes Verbiegen der SPD und der Grünen erforderte, ist keine gute Lösung erarbeitet worden. "Zwar hat der Stadtrat in großer Mehrheit zugestimmt, aber die Bauchschmerzen waren teilweise groß."

Die AfD erwartet nun von der Stadtregierung, dass sie eine saubere Lösung erarbeitet, die auch eine klare Finanzierung und vor allem eine Gegenfinanzierung aufzeigt. Bei den vielen sinnvollen anstehenden Projekten, muss der Sozialreferent darlegen, wo er die Prioritäten setzt und auf welche Projekte er ggf. verzichten wird.